

Dresdner Nachrichten

Siegründet 1856

Verantwortlicher Redakteur: Dresden
Bismarckstr. 17
Telefon Nr. 4241
Für den Verlag: Dresden
Bismarckstr. 17
Telefon Nr. 4241
Druckerei: Dresden
Bismarckstr. 17
Telefon Nr. 4241

Bezugspreis: Bei halbjährlicher Zahlung monatlich 3,40 RM., (einmal jährlich 19 RM.).
Bei Einzelheften 15 Pf. (einmal jährlich 180 Pf.).
Bei im Ausland durch Post und Fernschreiber (ohne Postgebühren) beträgt der Preis 40 Pf. (einmal jährlich 480 Pf.).
Bei im Ausland durch Post und Fernschreiber (mit Postgebühren) beträgt der Preis 50 Pf. (einmal jährlich 600 Pf.).
Bei im Ausland durch Post und Fernschreiber (mit Postgebühren) beträgt der Preis 50 Pf. (einmal jährlich 600 Pf.).
Bei im Ausland durch Post und Fernschreiber (mit Postgebühren) beträgt der Preis 50 Pf. (einmal jährlich 600 Pf.).

Druck u. Verlag: Deutscher Verlag, Dresden
Bismarckstr. 17
Telefon Nr. 4241
Druckerei: Dresden
Bismarckstr. 17
Telefon Nr. 4241

Deutschlands Recht - Europas Frieden! Lord Rothermere für Aenderung des Versailler Vertrags und Rückgabe von Kolonien

Die „Wiedergeburt Deutschlands“

London, 24. Sept. Lord Rothermere veröffentlicht in der „Daily Mail“ einen Artikel „Deutschland und das Unvermeidliche“. Er sagte u. a.:

Der Wählerfolg der Nationalsozialisten bedeute die Wiedergeburt Deutschlands und leite eine neue Epoche in den Beziehungen Deutschlands zu den anderen Ländern ein.

Er zeige der Welt, daß die jungen Deutschen, die seit dem Kriege zu Männern und Frauen erwachsen seien, seit entschlossen sind, die Kontrolle der nationalen Angelegenheiten zu übernehmen. Sie seien aufgewachsen in einem Deutschland der Enttäuschung und Niedergeschlagenheit. Sie hätten nur von Reparationsschuld, verlorenen Gebieten und Zwangsabrüstung gehört.

Sie hätten entdeckt, daß man den alten Politikern nicht trauen könne.

Deutschlands Zukunft liege bei der heute zweitgrößten Partei. Heute erhebe sich ein neues starkes Deutschland, das in einigen Jahren noch stärker sein werde. Die Engländer müßten ihre Auffassung über Deutschland ändern. Die älteren Generationen der Deutschen seien Englands Feinde gewesen. Wenn sich England auch die jüngere Generation zum Feinde mache, werde Europa früher oder später schrecklich erwachen. Der politische Einfluß der Nationalsozialisten in Deutschland, ohne deren Bestehen die Kommunisten wahrscheinlich die stärkste Partei geworden wären, habe viele Vorteile für Europa. Er errichte ein neues

Vollwerk gegen den Volkswindmühl

England und Frankreich sollten deshalb voll die Dienste anerkennen, die die Nationalsozialisten Westeuropa geleistet hätten. Jeder England noch Frankreich hätten Grund, den nationalsozialistischen Forderungen in außenpolitischen Fragen feindselig entgegenzutreten. Die Alliierten hätten häufig ihre Nützlichkeiten vermehrt, obwohl der Versailler Vertrag sie zur Abrüstung verpflichtet und Deutschland seine Streitkräfte auf 100.000 Mann und ein paar Küstenverteidigungsbatterien begrenzt habe. Ueber 70 Millionen außerordentlich tüchtiger Männer und Frauen im Herzen Europas ließen sich nicht dauernd ungeachtet behandeln. Dies müsse früher oder später zu einer Explosion führen.

Der Grund für die Verstimmung über den politischen Korridor könne beseitigt werden, wenn Deutschland Polen seine Ökonomie gegen das bolschewistische Rußland garantiere, wofür Polen Zugeständnisse machen müsse.

Kein Land mit einem so ausgeprägten nationalen Sinn wie Deutschland könne sich auf den Völkerverbund verlassen. Ein Beispiel dafür seien die Erfahrungen Ungarns. Die ungarische Gleichgültigkeit, mit der die Frage der ungarischen Minderheiten in der Tschechoslowakei und Rumänien vom Völkerverbund behandelt werde, zeige, wie wenig man ihm vertrauen könne.

Wiel wahrscheinlicher sei es, daß eine nationalsozialistische Regierung in Deutschland selbst Schritte zur sofortigen Beilegung der schwersten Ungerechtigkeiten tun wird. Damit würde sie viel mehr als den Anschluß erreichen. Sie würde nicht nur die drei Millionen Deutschen und die drei Millionen Ungarn in der Tschechoslowakei und Rumänien, sondern wahrscheinlich auch die ungarische Nation selbst in ihren Interessenskreis hineinbringen.

Die Tschechoslowakei, die systematisch die Friedensverträge durch die Unterdrückung der Minderheiten und durch Abstützung der Wirtschaft verlegt habe, würde dann über Nacht verschwinden. Dies sei durchaus möglich, obwohl er sehr bedauere, daß seine Propaganda im Kriege hauptsächlich für die Errichtung der Tschechoslowakei verantwortlich sei. Die absichtliche Blindheit der Alliierten würde Deutschland so die Grundlage zu einer heftigen politischen Kombination geben. Das Fehlen jeglicher Gerechtigkeit und die systematische Unterdrückung seien Kräfte, aus denen sich eine solche Zusammenballung ergeben könnten. Die britischen Staatsmänner müßten eifrig den möglichen Herd eines Brandes studieren, der jetzt unter der friedlichen Oberfläche Europas glimme. Statt sich einzubilden, daß die jetzigen internationalen Beziehungen ewig seien. Er sei für Anpassung der Friedensverträge an die Verhältnisse der kommenden Jahre.

Er wiederhole seine vor zwölf Jahren an die britische Regierung gerichtete Mahnung, Deutschland einige afrikanische Kolonien, mit Ausnahme von Deutsch-Südwestafrika, zurückzugeben.

Dies sei nötig und eine Geste der Freundschaft. England habe mehr Besitzungen in Afrika, als es entwickeln könne. Einige davon belasteten fortgesetzt die britischen Finanzen. Ähnliche Zugeständnisse könnten jedoch von Frankreich nicht erwartet werden, da es alle ihm zugesprochenen Gebiete mit vollem Recht erhalten habe.

Die „Unvermeidlichkeit“ der Kräfte, die von den meisten Diplomaten nicht berücksichtigt werde, arbeite in Deutschland gewaltig. Diese Kräfte werde in den nächsten Jahren nicht wenige Charakterzüge der Karte Europas ändern, von der die in Paris 1919 versammelten Politiker glaubten, daß sie immer gelten würde.

Auch der „Corriere della Sera“ für Revision der Verträge

Rom, 24. Sept. Der Mailänder „Corriere della Sera“ tritt in seinem Leitartikel mit beachtlicher Deutlichkeit für eine Revision der Verträge ein. Nach der Regelung der Reparationsfrage und der Zurückziehung der Besatzungstruppen seien zwar viele Gründe der Unzufriedenheit beseitigt. Auch könne ein allgemeines Abrüstungsabkommen Deutschland und seinen Verbündeten Genugtuung verschaffen.

Danach würden aber noch ernsthafte Fragen territorialen Charakters zu lösen sein.

Das könnten die, die das Europa von morgen vor Stürmen bewahren wollten, nicht übersehen. Der Völkerverbund könne sich diesem Friedenswerk nicht entziehen, ohne einen wichtigen Teil seiner Verpflichtungen und seiner Aufgaben zu vernachlässigen.

Am das Schicksal des Kabinetts Brüning

Tendenzgerüchte über die Volkspartei

Berlin, 24. Sept. Am Dienstag nachmittag hat in Berlin eine Zusammenkunft namhafter Abgeordneter und anderer Persönlichkeiten der Deutschen Volkspartei stattgefunden. Die auf eine Einladung des Ortsgruppenführers der Deutschen Volkspartei Halle (Saale) zurückzuführen. Entgegen der Darstellung eines Berliner Mittagsblattes, das von einer „Verschwörung gegen Scholz“

zu berichten weise, war, wie leicht von zuständiger Stelle der Partei mitgeteilt wird, diese Sitzung keineswegs geheime, sondern mit Wissen des Parteiführers Scholz erfolgt, an den der genannte Ortsgruppenführer Dr. Schnell vor mehreren Tagen ein ausführliches Schreiben gerichtet hatte und mit dem Schnell auch mündlich des längeren beraten hatte. Daß es sich bei dieser Zusammenkunft nicht um einen „Kügel“ der Partei handelte, gehe schon aus der Zusammenfassung der Verhandlung hervor. Genannt werden u. a. die Abgeordneten Dingeldey, Gremer, Albrecht, Schmid, Morath, Pfeiffer, Hünke, Thiel, Glöbel, ferner Dr. v. Stauff, vom Preussischen Landtag die Herren Stenzel, Schwarzhaupt, Veidig und v. Kampe. In der Versammlung herrschte Entschiedenheit darüber, daß die Aktion zur Sammlung der bürgerlichen Mitte energisch weiterbetrieben werden müsse. Zu diesem Zweck wurde ein besonderer Sammlungsaußschuß eingesetzt.

Von einer Aktion gegen den Parteiführer Scholz kann, wie ausdrücklich versichert wird, keine Rede sein.

Heute vormittag ist nun der Parteivorstand der Deutschen Volkspartei zusammengetreten; heute nachmittag um 3 Uhr beginnt die erste Sitzung der neuen Reichstagsfraktion. In politischen Kreisen gehen Gerüchte um, daß die Fraktion voraussichtlich beschäfte werden werde, die ihre Stellung zum Kabinett grundlegend verändern werde. Von gutunterrichteter Seite wird uns aber berichtet, daß diese Darstellung zu weit geht.

Die Fraktion werde sich auf eine Beschränkung beschränken, die eine stabile oder unsichere Koalition mit der Sozialdemokratie ablehnt.

Offen ist noch die Frage, ob der Fraktionsführer bereits heute gewählt wird. Eine starke Gruppe unter den völksparteilichen Abgeordneten erhebt indessen die Forderung einer Kommission, die sofort die Verbindung mit der Wirtschaftspartei,

„Graf Zeppelin“ Ostseefahrt

Berlin, 24. Sept. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“, das Dienstagnachmittag in Friedrichshafen zu einer zweiwöchigen Ostseefahrt aufgestiegen ist, erschien abends 10,30 Uhr über Berlin. Nach glatter Landung im Luftschiffhafen Staaken und etwa einhalbstündigem Aufenthalt, in welcher Zeit die Passagiere wechselten, flog es um 11,33 Uhr wieder auf und traf um 12,45 Uhr über Stettin ein und nahm Kurs auf Swinemünde. Heute vormittag 8 Uhr örtlicher Zeit erreichte es Libau und um 9,50 Uhr Riga. Das Luftschiff wurde von den Menschenmassen, die sich auf den Straßen der Hauptstadt angelammelt hatten, lebhaft begrüßt.

den Konservativen und den Christlichsozialen ausnimmt, um doch noch einen Zusammenschluß zu erreichen.

Die parlamentarischen Aussichten des Kabinetts werden von Tag zu Tag schlechter. Nicht nur, daß den bisherigen Anzeichen nach das neue Regierungsprogramm keine Zustimmung im Reichstag finden wird, zeigen die bürgerlichen Parteien mehr und mehr die Neigung, sich vom Kabinett Brüning zu distanzieren und sich auf die Bildung einer Reichtersregierung oder, wenn diese nicht zustande kommt, auf eine nahezu unbedingte Opposition einzurichten. Das Anzeichen dafür bildet die Entscheidung, die geltend der Bundesvorsitzende des Reichslandbundes gesagt hat. Wenn in ihr festgesetzt wird, daß die Regierungen im Reich und in Preußen in ihrer jetzigen Zusammensetzung nicht den Führerkreis darstellen, der die Reformaufgaben erfolgreich durchzuführen vermöge, so bedeutet das indirekt die Forderung nach dem Rücktritt, und zwar nicht nur nach dem Rücktritt der Regierung Braun, sondern auch der Regierung Brüning.

Es steht außer Zweifel, daß die Christlich-nationale Bauernpartei diese Entscheidung des Reichslandbundes zur Nichtschonung für ihre Fraktionspolitik machen wird.

Es steht also fest, daß neben den Nationalsozialisten und den Deutschnationalen jetzt auch die Christlich-nationale Bauernpartei in die Oppositionsstellung gegen das Kabinett Brüning gehen wird.

Das gleiche ist ja von der Wirtschaftspartei bekannt, die dieser Auffassung durch ihren Antrag auf Auflösung des Preussischen Landtages Ausdruck verliehen hat. Für die kleine Gruppe der Konservativen wird man ebenfalls das gleiche annehmen können, um so mehr, als durch den bevorstehenden Rücktritt des Reichsministers Treviranus die Partei von allen Bindungen gegenüber dem Kabinett befreit wird.

Lediglich die Haltung der Christlichsozialen ist noch ungewiss.

Ob und wann die Regierung aus diesen Tatsachen die Konsequenzen ziehen wird, ist zweifelhaft. Es verhärtet sich aber in politischen Kreisen mehr und mehr der Eindruck, als ob der Rücktritt der Regierung auf die Dauer sich nicht wird verhindern lassen. Die endgültige Klarheit über die kommende Entwicklung wird man allerdings erst gewinnen, sobald das Kabinett seine Beratungen abgeschlossen hat und die Fraktionen dazu Stellung genommen haben.

Landtagsmehrheit gegen die Notverordnung

Beratungen im Zwischenaußschuß des Sachsenparlamentes

Der Zwischenaußschuß des Landtages trat heute um 11 Uhr zur Beratung der geplanten Notverordnung der Regierung über die Bier-, Getränke- und Bürgersteuer zusammen. An den Beratungen nahmen u. a. Ministerpräsident Schied, Minister des Innern Richter und Finanzminister Dr. Gedrich teil.

Ministerpräsident Schied

begründete die Vorlage. Der Regierung sei selbstverständlich bekannt, daß das Schicksal der Reichsnotverordnung, die zu dieser Vorlage den Anlaß gegeben habe, ein ungewisses sei. Die Regierung habe deshalb reichlich erwogen, ob sie zunächst die Entwicklung im Reich abwarten soll. Gegen eine solche abwartende Haltung spreche aber die außerordentlich finanzielle Notlage, in der sich die ganz überwiegende Zahl der sächsischen Gemeinden befinde. In der Begründung der Vorlage sei dargelegt, wie erschreckend die Zahl der Wohlstandsverlusten und Krisenunterstützungsempfänger wachse.

Man sei sich wohl darüber einig, daß für absehbare Zeit ein Sinken dieser Zahlen leider nicht zu erwarten sei. Für die ungeheuren Lasten, die daraus für die Gemeinden erwachsen,

müsse aber eine Deckung geschaffen werden. Er hoffe sich darin mit allen Abgeordneten in Übereinstimmung zu befinden, daß es

unmöglich sei, daß die Gemeinden ihre Leistungen einstellen.

Trotz allem würde die Regierung die Vorlage jetzt nicht gebracht haben, so fuhr der Ministerpräsident fort, wenn sie sie von vornherein für völlig zwecklos hielte, mit anderen Worten, wenn sie es für gewiss ansähe, daß alles das wieder außer Kraft trete, was die Reichsnotverordnung gebracht habe. Er hoffe, daß es dahin nicht kommen werde. Die Reichsnotverordnung erschliefte nicht nur den Gemeinden Steuerquellen, sondern sie wolle auch

eine ganze Reihe finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände bannen.

Niese das alles man, so würde das eine Staats- und Finanzkrise ersten Ranges bedeuten. Daher hoffe er — so sehr er die Bedenken würdige, die gegen den oder jenen Teil der Reichsnotverordnung erhoben würden —, daß Mittel und Wege gefunden würden, dem deutschen Volk diese neue schwere Erschütterung zu ersparen. Wenn dem aber so sei, dann dürften wir nicht zögern, den Gemeinden die durch